

## **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU/CSU

**zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten**

**Entwurfs eines Gesetzes über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen  
Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz – EuWG)  
– Drucksachen 8/361, 8/1602 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. § 6 Abs. 2 Sätze 1 und 2 werden durch folgenden Satz ersetzt:

„Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch diejenigen Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes leben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes,
2. in den europäischen Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften leben, sofern sie vor ihrem Wegzug mindestens drei Monate ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben,
3. in anderen als den unter Nummer 2 genannten Gebieten leben, sofern sie vor ihrem Wegzug mindestens drei Monate ununterbrochen im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und seitdem nicht länger als fünf Jahre in diesen Gebieten leben. Entsprechendes gilt für Seeleute auf Schiffen, die nicht die Bundesflagge führen, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes.“

2. a) § 22 Abs. 2 Nr. 12 wird gestrichen.
- b) In § 23 Abs. 1 werden die Verweisungen auf § 22 Abs. 2 Nr. 12, 13 und 14 ersetzt durch die Verweisungen auf Nr. 11, 12 und 13.

Bonn, den 15. März 1978

**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**